



Foto: Manuel Maier



Mit vielen Redebeiträgen: Michael Andor.

müssten Sozialarbeiter dauerhaft an Schulen etabliert werden.

Weyersberg verwies darauf, dass sich die bereits bestehenden Bildungsdefizite weiter vergrößert haben. Der Rückstand – gerade bei den sozioökonomisch schlechter aufgestellten Schülerinnen und Schülern könne vermutlich nicht mehr aufgeholt werden. Die Defizite würden im späteren Leben auch zu einem geringerem Einkommen führen. Laut der Ärztin sei die Corona-Debatte vor allem aus der Sicht der Erwachsenen geführt worden.

In der anschließenden Debatte forderten die Abgeordneten nachdrücklich, pandemiebedingte Schließungen von Kitas und Schulen künftig nur noch in extremen Krisensituationen in Erwägung zu ziehen. Bei allen künftigen Maßnahmen der Pandemie-

bekämpfung müssten Bund und Länder das Wohl von Kindern und Jugendlichen umfassend berücksichtigen. Der Deutsche Ärztetag forderte die Einrichtung eines Expertenrates, um konkrete Maßnahmen für die Bundes- und Landesebene zu entwickeln. Die Expertise der Kinder- und Jugendmedizin sowie Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie sei dabei zwingend einzubeziehen.

Digitalisierung

Bei der Digitalisierung des Gesundheitswesens komme es auf den Bedarf der Patientenversorgung an, so das Votum auf dem Deutschen Ärztetag. In den Fokus müssten daher digitale Anwendungen rücken, die einen messbaren Nutzen in der medizinischen Versorgung haben. Dazu zähle vor allem der Notfalldatensatz auf der elektronischen Gesundheitskarte. Bundesgesundheitsministerium und Gematik wurden aufgefordert, zeitnah eine dauerhafte Testregion zu etablieren, um die Erprobung von Anwendungen und Komponenten zu ermöglichen.

Nachdrücklich forderte der Deutsche Ärztetag ein Praxiszukunftsgesetz. Die digitale Kompetenz der Ärztinnen und Ärzte in der vertragsärztlichen Versorgung sei ein Baustein zur erfolgreichen Digitalisierung

und werde zunehmend von Patientinnen und Patienten erwartet. Für Praxen stelle die zunehmende Digitalisierung jedoch eine wirtschaftliche Herausforderung dar, da die notwendige technische Ausstattung eingeführt und aus sicherheitstechnischen Gründen fortlaufend aktuell gehalten werden müsse. So erfordere der digitale Ausbau des ambulanten Sektors enorme Investitionen, die nicht den Praxisinhabern allein aufgebürdet werden könnten.

Emotionale Diskussionen ums Gendern

Anträge von Abgeordneten der Landesärztekammern Berlin, Baden-Württemberg und Nordrhein stießen im Plenum eine intensive Debatte zum Thema der sprachlichen Repräsentation und der Verwendung gendersensibler Sprache an. Einige der Abgeordneten sprachen sich auf dem Podium gegen die Anträge TOP 1c 46/48 aus, eine Mehrheit jedoch unterstütze sie mit deutlichen Worten. So forderte die hessische Abgeordnete Anne Kandler „ein Zeichen vom Deutschen Ärztetag“. Beide Anträge wurden in der Folge angenommen.

**Katja Möhrle,
Marissa Leister,
Lukas Reus**

Protest zu Beginn des Ärztetages

Junge Ärztinnen und Ärzte fordern bessere Ausbildungsbedingungen

Vor dem Eingang der ÖVB-Arena, wie die Stadthalle Bremen heißt, in dem der Deutsche Ärztetag 2022 stattfand, machte der ärztliche Nachwuchs des Hartmannbundes auch dieses Jahr wieder auf Missstände im Praktischen Jahr (PJ) und der Weiterbildungszeit aufmerksam. In der symbolischen Aktion waren zu sehen: ein durch Bürokratie und merkantile Zwänge an den Schreibblock gefesselter Arzt in Weiterbildung sowie eine PJ-lerin, die unter Zeitdruck pflegerische Aufgaben an der Patientin übernahm.

Die jungen Kolleginnen und Kollegen kritisierten damit vordringlich die aus ihrer Sicht mangelhafte Lehre sowohl im Studium als auch den ersten Jahren des Berufsle-

bens. Grund dafür ist weniger die unzureichende Motivation erfahrener KollegInnen, ihr Wissen weiterzugeben, sondern der Zeitmangel in Kliniken. Die Ursachen dafür sind vielfältig: So ist der Fachkräftemangel in der Pflege ursächlich, so dass eine Aufgabenverschiebung der Studierenden im Praktischen Jahr in diesen Bereich stattfindet. Ärztliche Kompetenzen geraten dabei immer weiter aus dem Fokus. Leistungsdruck, hohe Patientenzahlen, die überbordende Bürokratie verbunden mit unzureichender Digitalisierung und natürlich der finanzielle Druck in der stationären Versorgung hindern wiederum die KollegInnen in Weiterbildung an der angemessenen Patientenversorgung, aber auch daran, die

Studierenden im PJ angemessen zu betreuen. Gleiches gilt auch für Fach-, Ober- und Chefärztinnen, die keine Möglichkeit haben, ihr Wissen zu vermitteln. Dazu sagt die Vorsitzende des Ausschusses Medizinstudierender im Hartmannbund, Anna Finger: „Ärztliche Aus- und Weiterbildung sollte ärztliche Kompetenzen beinhalten. Zeitdruck, Bürokratie und Kommerzialisierung sollten nicht die Vorgaben für diese sein. Sondern es sollte der Anspruch sein, gute Ärztinnen und Ärzte auszubilden, sowohl im PJ als auch in der Facharztweiterbildung!“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Svenja Krück
Junge Ärztinnen und Ärzte in Hessen,
Präsidiumsmitglied der LÄKH